

## Personen Fakten Trends

### Reformierte Kirche der Schweiz feiert Jubiläum

Die Reformierte Kirche der Schweiz feiert 2019 ihr 500-jähriges Bestehen.

Vor genau einem halben Jahrtausend hatte der in Wildhaus bei St. Gallen geborene katholische Priester Ulrich Zwingli (1484-1531) nach seiner Berufung zum „Leutpfarrer“ an der Großmünsterkirche in Zürich ab 1. Januar 1519 damit begonnen, nachhaltige Reformen in „Lehre und Glaubenspraxis“ durchzusetzen und gegen die heftigen Proteste des Bischofs von Konstanz, dem er unterstellt war, u.a. die lateinischen Schrifttexte der Tagesliturgie den Gottesdienstbesuchern auf „Schwiezerisch“ zu erklären.

Während der legendären „Marburger Gespräche“ 1529 überwarf sich Zwingli mit Martin Luther und lehnte dessen These von der „Realpräsenz“ Christi in den Abendmahlsgestalten von Brot und Wein ab.

Schließlich galt der Wildhauser in seiner Heimat und europaweit schnell als einer der ruppigsten Protagonisten im Kampf gegen den Ablasshandel. Die Franziskaner, die in der Schweiz den Einzug der für Ablässe, Messen und Beichten erhobenen Gebühren kontrollierten, nannte Ulrich Zwingli abfällig „die Mastsäue in den braunen Kutten“.

Zwingli, der neben Martin Luther (1483-1546) und Johannes Calvin (1509-1564) zu den drei wichtigsten Kirchenreformern des ausgehenden Mittelalters zählt, wurde nach einem verlorenen Bekehrungsfeldzug gegen die romtreuen innerschweizer Katholiken von seinen Kontrahenten 1531 öffentlich hingerichtet.

### Südafrikas Bischöfe fordern Ende der Korruption

Aus den südafrikanischen Parlamentswahlen vom 8. Mai 2019 ist die Partei des „Afrikanischen Nationalkongresses“ (ANC) mit 57 Prozent der abgegebenen Stimmen als Sieger hervorgegangen. Mit nur 21 Prozent belegte die Oppositionspartei der „Demokratischen Allianz“ den zweiten Platz.

Kurz nach der Bekanntgabe des Wahlergebnisses appellierte die Katholische Bischofskonferenz in einer landesweit verbreiteten ersten Stellungnahme an den amtierenden Staatspräsidenten Cyril Ramaphosa (ANC), der im Februar letzten Jahres die Nachfolge des wegen schwerer Korruptionsdelikte entlassenen Jacob Zuma übernommen hatte, endlich den „Korruptionssumpf“ trocken zu legen, der zu einer „ernsten Gefahr für Südafrikas junge Demokratie“ geworden sei.

Vor allem aber, so die Bischöfe, dürfe Ramaphosa darum auf keinen Fall die „Drahtzieher der Vetternwirtschaft in sein Kabinett bzw. ins neue Parlament aufnehmen“. Er müsse außerdem sicherstellen, dass die Behörden und die Justiz des Landes künftig ohne „politische Beeinflussung“ arbeiten könnten und die notorische „Plünderung von Staatsbetrieben“ beendet würde.

Die Bischöfe unterstrichen in ihrer Erklärung, dass sie für die große Mehrheit ihrer Landsleute sprechen, die auch 25 Jahre nach dem Ende der Apartheid noch immer „keine angemessenen Bildungschancen, keine adäquate Gesundheitsversorgung, keinen Arbeitsplatz und keine menschenwürdige Wohnung haben“.

### Neues Religionsgesetz in Bolivien

In Bolivien hat Präsident Evo Morales ein neues Gesetz vorgestellt, durch das künftig die in der Verfassung proklamierten Rechte aller Religionsgemeinschaften besser geschützt werden sollen.

Alle religiösen Einrichtungen des Landes sind fortan verpflichtet, Steuern zu zahlen und gegenüber den zuständigen staatlichen Behörden Rechenschaft über ihre gesellschaftlichen Aktivitäten abzulegen.

Außerdem werden sie, zum ersten Mal in der Geschichte der Andenrepublik, als gemeinnützige juristische Gruppierungen anerkannt, welche Spenden annehmen und abschreiben können.

Mit dem neuen Gesetz sind in Zukunft Eheschließungen auch außerhalb der katholischen Kirche möglich.

"Ab heute sind wir nicht mehr dazu verpflichtet, uns in der katholischen Kirche trauen oder taufen zu lassen. Dies können wir jetzt in jeder anderen Kirche tun," erklärte Präsident Morales.

## **Vorerst kein Frauendiakonat**

Auf dem Rückflug von seiner Balkanreise nach Bulgarien und Nordmazedonien Anfang Mai dieses Jahres sagte Papst Franziskus den ihn begleitenden Journalisten, dass bis auf weiteres nicht mit einem Diakonat für Frauen gerechnet werden könne.

Zwar habe die von ihm 2017 eingesetzte Kommission ihre Arbeit beendet, sei aber zu keinen gemeinsamen Schlussfolgerungen gekommen.

Bis zu einem gewissen Punkt seien sich die Fachleute nach zweijähriger Arbeit einig gewesen, für eine endgültige Entscheidung bedürfe es jedoch weiterer Arbeit und Überlegungen. Dazu sollten die Kommissionsmitglieder ihre jeweiligen Thesen und Befunde noch weiter untersuchen und ausbauen.

Den Quellen zufolge habe es in einigen Regionen, etwa dem antiken Syrien, Diakoninnen gegeben, in anderen Regionen nicht. Sie taufte demnach damals Frauen, was durch Untertauchen geschah. Auch Salbungen kranker Frauen hätten die Diakoninnen vorgenommen. Ob ihr Amt allerdings sakramental verstanden worden sei, darüber seien sich die Experten uneins, so der Papst.

"Grundsätzlich ist festzuhalten, dass es keine Gewissheit darüber gibt, ob es sich hier um eine Ordination handelte, die dieselbe Form und Finalität hatte wie bei der Ordination von Männern", betonte Franziskus.

Bei einer Audienz für die im Mai in Rom versammelten Ordensoberinnen aus aller Welt, stellten deren Sprecherinnen dem Papst gegenüber in Frage, ob der fast schon „ritualisierte Ausflug in die frühe Kirchengeschichte“ bei der Diskussion ums Frauendiakonat nicht langsam einer unverantwortlichen Verzögerungstaktik der Amtskirche bei diesem so wichtigen Anliegen der „Aufwertung von uns Frauen in der Kirche“ gleichkomme.

## **Hoffnungsschimmer nach der Wahl in Indonesien**

Mit dem Sieg von Präsident Joko Widodo bei den Aprilwahlen 2019 steigt unter den Christen in Indonesien die Hoffnung auf ein Abflauen des von Islamisten im Land geschürten Hasses gegen die Mitglieder von Minderheitsreligionen.

"Dem politischen Islam ist es nicht gelungen, die Kontrolle über das Land zu erlangen", sagte der katholische Politologe Boni Hargens der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Jakarta. Die Wähler hätten sich für den gemäßigten Amtsinhaber Widodo entschieden, weil unter seiner Regentschaft mit einem "besseren Indonesien" gerechnet werden könne.

Hochrechnungen zufolge gewann Widodo die Wahl mit 54 Prozent der Stimmen. Auf seinen Herausforderer Subianto Prabowo entfielen 45 Prozent. Prabowo hatte sich im Wahlkampf mit radikalen islamistischen Gruppen verbündet, deren erklärtes Ziel die Umwandlung der sunnitisch geprägten, 270 Millionen Einwohner zählenden Republik Indonesien in ein islamisches Kalifat ist.

## **Neuer Erzbischof für die US-Hauptstadt Washington**

Der neue Erzbischof von Washington, Wilton Gregory, der am 21. Mai offiziell in sein Amt eingeführt wurde, will die Aufarbeitung der Missbrauchskrise ins Zentrum seiner Arbeit rücken. Dies erwarteten die Katholiken in seiner Diözese. Er sehe dieser Herausforderung "ohne jede Angst" entgegen, sagte er in einem Gespräch mit dem Nachrichten-Portal "Cruz Now".

Der erste afroamerikanische Bischof Washingtons will die Aufarbeitung nicht allein der Kirche überlassen. In dem Interview forderte der 71-Jährige nachdrücklich die Einbeziehung von Laien. Der Nachfolger von Kardinal Donald Wuerl kündigte zudem an, sich um einen Ausgleich zwischen konservativen und liberalen Katholiken zu bemühen. Es sei sein Ziel, das Gleichgewicht zu erhalten und sich nicht von extremen Positionen beeinflussen zu lassen.

Wilton Gregory gilt weithin als eher liberal und progressiv. Im konservativen Lager ist seine Haltung zu Abtreibung und Homosexualität umstritten. Während Unterstützer in ihm einen Hoffnungsträger und profilierten Kämpfer gegen sexuellen Missbrauch sehen, werfen Vertreter von Opfern ihm vor, selbst Missbrauchsfälle in der Vergangenheit nicht konsequent aufgeklärt zu haben.

Gregory war seit dem Jahreswechsel 2004/2005 Erzbischof von Atlanta, Hauptstadt des US-Bundesstaates Georgia. Am 4. April 2019 ernannte ihn Papst Franziskus zum Nachfolger von Kardinal Wuerl als Erzbischof von Washington. Wuerl war vor seiner Emeritierung im Zusammenhang mit dem Bericht über Missbrauchsfälle im US-Bundesstaat Pennsylvania in die Kritik geraten. Dem 78-Jährigen werden Vertuschungen in seiner Zeit als Bischof von Pittsburgh (1988-2006) vorgeworfen. Zudem soll er von den sexuellen Vergehen seines Vorgängers in Washington, Theodore McCarrick (88), gewusst haben - was Wuerl bestreitet.

## **Bischof Fürst: Interkommunion nicht möglich**

Kirchen können nicht ortsgebunden fusionieren. Diese Meinung vertrat der Bischof der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Gebhard Fürst, bei einer Diskussionsveranstaltung Ende März in Ravensburg. Ein Empfang der katholischen Eucharistie durch evangelische Christen und des evangelischen Abendmahles durch katholische Christen sei nach gegenwärtigem Erkenntnisstand noch nicht möglich. Gründe dafür seien vor allem ein unterschiedliches Wandlungs- und Kirchenverständnis. Trotzdem ermutigte der Bischof zu einem aufrichtigen Bemühen um Lösungen kontroverser ökumenischer Fragen.

Wörtlich sagte Fürst: "Wir befinden uns noch nicht in Kirchengemeinschaft zwischen beiden Konfessionen, und das ist nach unserem Verständnis notwendig, weil man nicht immer nur als Einzelner die Gaben empfängt, sondern in der Gemeinschaft, die von einem bestimmten Glauben getragen ist."

Hintergrund der Diskussion ist die umstrittene "Ravensburger Erklärung", die 2017 von Vertretern der evangelischen und der katholischen Kirche in der Stadt unterzeichnet wurde und die sich für ein gemeinsames Abendmahl der beiden Konfessionen ausgesprochen hatte.

## **Dramatischer Mitgliederverlust**

Die beiden großen Kirchen Deutschlands stehen in den kommenden vier Jahrzehnten vor einem eklatanten Rückgang ihrer Mitgliederzahlen sowie ihrer Finanzkraft. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, welche das „Forschungszentrum Generationenverträge“ an der Universität Freiburg im Auftrag der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sowie der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) erstellte.

Die Zahl von Katholiken und Protestanten in Deutschland wird demnach von 44,8 Millionen im Jahr 2017 auf 22,7 Millionen im Jahr 2060 sinken. Die Finanzkraft der Kirchen wird laut der Berechnung im gleichen Zeitraum um 51 Prozent abnehmen. Die Entwicklungen dürften in beiden Kirchen weitgehend parallel verlaufen, prognostizieren die Freiburger Forscher um Bernd Raffelhüschen. Verantwortlich dafür ist nach seinen Angaben allerdings nicht wie bisher oft angenommen in erster Linie die allgemeine Alterung der christlichen Bevölkerung, sondern vor allem Kirchenaustritte sowie sogenannte Taufunterlassungen. Raffelhüschen bezifferte das Verhältnis dieser Faktoren auf ein Drittel zu zwei Drittel.

Der Forscher wertete es ebenso wie Vertreter beider Kirchen als Anlass zur Hoffnung, wenn beeinflussbare Faktoren wie Austritte wichtiger seien als gedacht. Bei der Präsentation der Daten forderte EKD-Ratsmitglied Andreas Barner seine Kirche angesichts der derzeit noch üppigen Kirchensteuereinnahmen zu einer raschen Reaktion auf: „Für mich ist es fünf vor zwölf, wir müssen jetzt handeln.“

## **Im Schnitt nur 5.000 Euro pro Opfer**

Ein Missbrauchsoffer bekam in Deutschland in den vergangenen Jahren von der katholischen Kirche nur 5.000 Euro an Entschädigung ausbezahlt. Dies berichtet die BILD unter Berufung auf die Zentrale Koordinierungsstelle. Diese hatte bis Herbst 2017 für 1788 Anträge 8,7 Millionen Euro an Entschädigungen empfohlen, was umgelegt einem Durchschnitt von 5.000 Euro pro Opfer entspricht.

Bundestagsvizepräsident Wolfgang Kubicki von der FDP übte an diesen „mickrigen Zahlungen“ heftige Kritik: "Wenn wir bedenken, dass viele Menschen von diesen schrecklichen Taten lebenslang gezeichnet sind, dann erscheint ein solcher Betrag, den ein Bischof in einem halben Monat verdient, maximal ungerecht."

Auch die Betroffenen sind über die niedrigen Entschädigungsbeträge empört. „Die reichste Kirche der Welt leistet es sich seit Jahren, ihren Opfern lächerliche ‚Anerkennungszahlungen‘ anzubieten. 1.000, 3.000, 5.000 Euro sind eine neue Demütigung für die Betroffenen", so Matthias Katsch vom Opferverband „Eckiger Tisch“.

## **Nicaragua: Proteste gegen Linksregierung halten an**

Im Laufe der Proteste gegen Präsident Daniel Ortega, die im April 2018 wegen einer von der Linksregierung in Aussicht genommenen Rentenreform begannen, sind bisher weit über 600 Menschen ums Leben gekommen. Mehrere Hundert überwiegend junge Aufständische sitzen noch immer in Haft. Ihre von der Opposition geforderte Freilassung gilt als Knackpunkt zur Lösung der schweren politischen Krise in dem mittelamerikanischen Land.

Der „Nationale Dialog“, auf dessen Wiederaufnahme sich das Ortega-Lager und die oppositionelle Allianz der Zivilgesellschaft vor einigen Wochen im Beisein des Erzbischofs der Hauptstadt-Diözese Managua, Kardinal Leopoldo Brenes, überraschend geeinigt hatten, steckt mittlerweile wieder in einer Sackgasse, weil Daniel Ortega u.a. die Forderung der Opposition nach vorgezogenen Neuwahlen strikt abgelehnt und stattdessen das Ende der internationalen Sanktionen verlangt hatte.

Die katholischen Bischöfe des Landes zogen sich mittlerweile demonstrativ aus dem Dialogprozess zurück. Während ihrer April-Vollversammlung hatten sie die Einladung der Regierung zurückgewiesen, am Nationalen Dialog als "Zeuge und Begleiter" teilzunehmen. Man sehe die Neugestaltung des Landes als vorrangige Aufgabe der Laien, deren Stunde nun gekommen sei, begründeten die Bischöfe ihren Schritt.

Einer der bekanntesten politischen Weggefährten Daniel Ortegas, der inzwischen 94-jährige nicaraguanische Befreiungstheologe Ernesto Cardenal hatte sich schon vor längerer Zeit von der Sandinistenregierung losgesagt und vor kurzem Ortega einen „kleinen, miesen Diktator“ genannt.

Wie inzwischen bekannt wurde, hat Papst Franziskus alle durch Johannes Paul II. 1985 gegen den einstigen Kultusminister Nicaraguas verhängten Kirchenstrafen aufgehoben und dem ans Krankenbett gefesselten Jesuiten via Nuntiatur gute Genesungswünsche übermittelt.

